

Anrede,

wir führen heute eine Debatte zu einem Thema, das sehr weite Teile der Bevölkerung umtreibt. **Das Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist schwer erschüttert.**

Der **Verlust** an Vertrauen ist dabei nur im Ansatz mit den jüngsten Vorgängen beim rbb und inzwischen auch anderen Anstalten zu erklären. Er hat **schon sehr viel früher** begonnen. Die Anstalten verdrängen seit langem, dass zu einem zeitgemäßen Agieren heute vor allem **Transparenz** gehört. Ich habe schon vor Jahren gläserne Anstalten gefordert. Transparenz ist elementare Voraussetzung für Akzeptanz, ohne die es ein beitragsfinanzierter Rundfunk künftig sehr schwer haben wird. Wem öffentliches Geld anvertraut wird, der muss **Rechenschaft** darüber abgeben, wie er damit umgeht. Vorgetäuschte Offenheit bei gleichzeitigen versteckten Sonderleistungen, Bonuszahlen und anderen Aktivitäten, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen, empören die Menschen.

Seit vielen Jahren setzt sich die Landesregierung deshalb **für echte, für strukturelle Reformen** im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein. Ziel all unserer Bemühungen ist es, die Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Land zu sichern, denn als demokratische Gemeinschaft brauchen wir Angebote, die umfassend informieren und frei und unabhängig entstehen. Das hat das Bundesverfassungsgericht schon mehrfach auf den Punkt gebracht.

Die jüngsten Vorgänge haben das Vertrauen vieler Beitragszahlerinnen und Beitragszahler tief erschüttert. Die Anstalten sind in keiner guten Verfassung, um ihre wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Viele Menschen sind in ihrer Erwartung enttäuscht worden, dass mit ihren Beiträgen so wirtschaftlich und sparsam wie möglich publizistische

Vielfalt gesichert wird. Stattdessen lesen sie, dass zu viel Geld in Bereiche abfließt, die mit dem eigentlichen Programm nichts zu tun haben. Sie nehmen **Defizite bei der Verwendung und Kontrolle der Beitragsmittel** wahr. Sie sehen auch schon seit längerer Zeit, dass sich ein Teil der Anstalten missionarisch als politisch gestaltender Faktor der öffentlichen Meinungsbildung versteht, wo er doch eigentlich neutrales Medium sein sollte.

Was muss geschehen, um das Vertrauen zurückzugewinnen? Die Politik kann und muss die rechtlichen Grundlagen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks immer wieder neu justieren, Schwachstellen finden und abstellen, Kontrollmechanismen überprüfen. „Die Politik“, das sind in diesem Falle 16 Länder mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen. Ich selbst gehöre zu denen, die schon länger und mit Nachdruck Reformbedarf anmahnen, andere – gerade auch SPD regierte Länder – sind deutlich zurückhaltender. Beim Medienänderungsstaatsvertrag, der Ihnen jetzt vorliegt, habe ich erfolgreich den Gesichtspunkt der Stärkung der Gremien eingebracht. Anderen war die Auftragsfokussierung und deren Flexibilisierung wichtig. Das Ergebnis ist ein Kompromiss, den man nicht blockieren sollte. Es ist nicht der **„eine große Wurf“**, den es auch bei 16 beteiligten Ländern nicht geben wird. Aber wir haben damit eine belastbare Plattform, auf der wir weiterarbeiten können. Sie gibt den Gremien die gerade jetzt notwendige Legitimation und Stärke, die inneren Reformen in den Anstalten voranzutreiben. Der frühere Bundesminister Baum, Mitglied des Rundfunkrats des WDR, hat das in einem Papier als eine „Revolution“ bezeichnet und gute Ideen eingebracht, wie die Gremien diesen Machtzuwachs nutzen sollten.

Der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss aus Rechtsgründen abstrakt formuliert sein. Es liegt an den Rundfunkanstalten, ihn mit Leben zu erfüllen, vor allem beim Ersten und

Zweiten, den beiden Haupt- und Vollprogrammen, die mit Abstand am meisten kosten. Die Rundfunkanstalten müssen Prioritäten setzen und ihre Strukturen in den Häusern zeitgemäß aufstellen, ohne ständig wachsende Budgets vorauszusetzen.

Kein Staatsvertrag schreibt vor, wie viele Krimis und Quizshows produziert werden müssen, geschweige denn zu welchen Minutenkosten, und bis zu welchen Summen Sportrechte erworben werden sollen. Kein Staatsvertrag hat rund 1800 Sendestunden pro Tag beauftragt. Kein Staatsvertrag verbietet mehr administrative und programmliche Kooperationen zwischen den Rundfunkanstalten der ARD oder nötigt die Anstalten einen großen Verwaltungsapparat aufzubauen. Kein Staatsvertrag hat die Anstalten gezwungen, unangemessen hohe Honorare an Experten, Moderatoren oder Showgrößen zu zahlen und auch sonst die Einkommensgrenzen des öffentlichen Dienstes zu sprengen. Auch die Entscheidungen über den schnellen und teuren Ausbau der Onlineangebote sind nicht durch Staatsverträge getroffen worden. Im Gegenteil hat die Politik vorgegeben, dass presseähnliche Angebote nicht zum Auftrag gehören – und wieviel Personal beschäftigt sich bei den Anstalten mit nichts anderem? Kein Staatsvertrag hat die Anstalten beauftragt, sich – so wie es der 23. KEF-Bericht aufführt - an 172 Gesellschaften zu beteiligen und 43 Gemeinschaftseinrichtungen zu schaffen, die sich weitgehend der Kontrolle durch die Gremien entziehen. Ich habe neulich einmal gesagt, der SWR und sein Rundfunkrat seien für die Degeto zuständig. Das war ein Irrtum, den ich bedauere. Die bedrückende Wahrheit ist: Für die Degeto, die gemeinsame Filmeinkaufsorganisation der ARD, ist gar kein Rundfunkrat federführend. Dabei kann es nicht bleiben. Die Beteiligungen der Anstalten müssen deutlich reduziert und einer umfassenden Gremienkontrolle unterworfen werden.

Sie sehen: viele besonders finanzwirksame Entscheidungen werden außerhalb der politischen Vorgaben getroffen. Das ist wichtig zu wissen, weil es immer wieder heißt, dass die Politik bestellt und die Anstalten nur ausliefern. Die Wirklichkeit ist sehr viel komplexer. Auftrag und Aufwand sind nicht rein akzessorisch.

Die Anstalten und die Gremien haben einen entscheidenden Einfluss darauf, wie Beitragsmittel eingesetzt werden. Die Gremien können und sollen Richtlinien vorgeben, die inhaltliche Vielfalt fördern, aber auch die Interessen der Beitragszahlenden an wirtschaftlichem Mitteleinsatz berücksichtigen. Und die Intendantinnen und Intendanten können mit den Gremien finanzwirksame Selbstverpflichtungserklärungen abgeben, die von der KEF berücksichtigt werden müssen. Die Anstalten könne also innerhalb des Systems erheblich sparen, ohne dass die Formulierung des Auftrags geändert werden müsste. Das ist die gegenwärtige Herausforderung.

In der **Medienpolitik** wird die Landesregierung als Teil der Ländergemeinschaft weiter engagiert ihren Beitrag leisten. Wir werden als Rundfunkkommission der Länder am 22. September 2022 zusammenkommen. Wir werden dort über die aktuelle Situation in der ARD sprechen. Ich strebe seit langem eine Neufassung des ARD-Staatsvertrages an, damit sie sich durch ein regionales Profil deutlicher vom ZDF unterscheidet. Wir werden auch sonst über weitere Reformschritte beraten, wie Obergrenzen für die Vergütung außertariflich Beschäftigter. Auch de Reform von Auftrag und Struktur ist mit dem 3. Medienänderungsstaatsvertrag nicht abgeschlossen.

Ich möchte keinen erstarrten politisch kontrollierten Rundfunk, der Staatsfernsehen und politische Hofberichterstattung anbietet. Sondern einen lebendigen der Vielfalt der Meinungen und Angebote verpflichteten

öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Für diesen lohnt sich die harte Kärnnerarbeit der Medienpolitik. Für diesen lohnt es sich auch die nächste Phase der Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks anzugehen. Und dabei werde ich den Punkt Beitragsstabilität immer wieder einbringen, auch bei der ebenfalls anstehenden Reform des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages.

Die Politik allein wird also das Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, seine Repräsentanten und seinen Umgang mit den Geldern der Menschen nicht herstellen können. Weit überwiegend müssen das die Anstalten selbst tun. Sie haben das Potential, sie können dies durch eigenes aktives Handeln schaffen. Ja, ich bin optimistisch, dass nun einiges in Bewegung kommen wird. Dass sich der Umgang mit den Beitragsmitteln ändert. Dass sich Gremien noch stärker einbringen. Und nicht zuletzt: Dass auch bisher nicht aufgegriffenen Reformüberlegungen nun mehrheitsfähig werden.